

Mainz, 04.02.2026

Antrag 0227/2026/1 zur Sitzung Stadtrat am **04.02.2026**

Arbeit im Haus des Erinnerns dauerhaft sicherstellen (CDU, DIE GRÜNEN, SPD, FDP, Volt) - neue Fassung

Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen in der Förderlandschaft des Bundes, bitten wir die Verwaltung einen Vorschlag zur Weiterentwicklung der Trägerstruktur des Haus des Erinnerns zu erarbeiten, damit die wichtige Arbeit dort dauerhaft fortgesetzt werden kann. Dies soll im Dialog mit der Stiftung „Das Haus des Erinnerns – für Demokratie und Akzeptanz“, dem Landkreis Mainz-Bingen sowie dem Land Rheinland-Pfalz und der Landeszentrale für politische Bildung erfolgen. Die zuständigen Gremien sind ebenfalls zu einem geeigneten Zeitpunkt in den Prozess einzubeziehen. So soll das Haus des Erinnerns als zentraler Gedenk- und Lernort der Landeshauptstadt Mainz weiterhin einen wichtigen Beitrag zur historischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und zur Demokratiebildung leisten können. Es gilt dabei außerdem zu prüfen, welche Fördermittel zur Erfüllung dieser Aufgaben akquiriert werden können.

Begründung:

Mit der Gründung der Stiftung „Das Haus des Erinnerns – für Demokratie und Akzeptanz“ wurde ein neues Kapitel für die Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Mainz aufgeschlagen. Es konnten in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ und auch Landesmittel eingeworben werden, um die Erinnerungsarbeit in Mainz zu stärken und umfassende Bildungsangebote für Schülerinnen und Schüler, Kinder und Jugendliche - nicht nur aus Mainz - zu machen. Damit hat das Haus des Erinnerns einen wichtigen Beitrag zur Erinnerungskultur in der Stadt geleistet. Dies hat der Stadtrat in seinen Beschlüssen immer wieder bekräftigt. Die Änderungen der För-

derkriterien auf Bundesebene erfordern eine Neuausrichtung der Struktur, die das Haus des Erinnerns trägt. Denn die Arbeit des Haus des Erinnerns muss gerade vor dem Hintergrund der vielfältigen Herausforderungen vor denen unsere Demokratie steht, dauerhaft sichergestellt werden.

Jonas König (DIE GRÜNEN)
Claudia Siebner (CDU)
Kathleen Herr (SPD)
Susanne Glahn (FDP)
Sascha Kolhey (Volt)